

Alfred Dregger:

DGB-Polemik verzerrt die Wirklichkeit

Seit Amtsantritt der Regierung Kohl haben noch nie so viele Bundesbürger die wirtschaftliche Lage unseres Landes so positiv bewertet wie in diesem Herbst; 48 Prozent der Befragten erteilten in einer Umfrage, die die Forschungsgruppe Wahlen im September im Auftrag des ZDF durchführte, der allgemeinen Wirtschaftslage die Note „gut“. Beinahe noch interessanter: 62 Prozent — 13 Prozentpunkte mehr als im Dezember 1987 — bewerteten ihre eigene wirtschaftliche Lage als gut. Und noch zwei Ergebnisse dieser Umfrage, die mehr sagen als viele Worte: Auf die Frage, was seit der Regierungsübernahme durch Helmut Kohl besser geworden ist, nannten 59 Prozent „Ankurbelung der Wirtschaft“ und 49 Prozent „Preisstabilität“.

Es hat sich also herumgesprochen, daß der wirtschaftliche Aufschwung seit sechs Jahren ununterbrochen andauert und stetig verläuft;

- das wirtschaftliche Wachstum in diesem Jahr real etwa drei Prozent betragen wird;
- die Preise völlig stabil sind;
- die Realeinkommen in diesem Jahr um voraussichtlich 3,5 bis 4,5 Prozent ansteigen werden und in den zurückliegenden zwei Jahren insgesamt um 8,5 Prozent gestiegen sind;
- unsere Produkte auf allen Märkten der Welt gefragt sind wie nie zuvor;

(Fortsetzung auf der nächsten Seite)

HEUTE AKTUELL

● Wirtschaft

Helmut Kohl vor der IHK Dortmund: Konjunktur hat deutlich an Schubkraft gewonnen. Seite 3

● Chile

Das Ergebnis der Volksabstimmung war ein Triumph der Menschlichkeit, stellt Heiner Geißler fest. Seite 4

● Franz Josef Strauß †

Rede von Alfred Dregger anlässlich der Trauerfeier für den verstorbenen CSU-Vorsitzenden. Seite 5

● EAK

Bericht von der 29. Bundestagung im Bonner Adenauer-Haus. Seite 8

● Beschäftigung

Günstige Konjunktur schlägt auch auf dem Arbeitsmarkt durch. Seite 11

● Dokumentation

„Aktionstage“ des DGB
Unsere Argumente gegen falsche Behauptungen. Grüner Teil

Seiters zum FDP-Parteitag:

Zu dieser Koalition gibt es keine Alternative

Zum FDP-Parteitag in Wiesbaden erklärte der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Rudolf Seiters:

Die FDP ist auch nach diesem Parteitag ein verlässlicher Koalitionspartner. Sowohl Graf Lambsdorff wie Frau Adam-Schwaetzer standen und stehen für diese Regierungskoalition und ihre Fortsetzung. Zu dieser Koalition gibt es bis weit über 1990 hinaus keine vernünftige Alternative. Die FDP wie die Union wissen, daß nur diese Koalition die dringend notwendigen strukturellen Reformen zur Zukunftssicherung unseres Landes

anpacken und die zentralen Herausforderungen des nächsten Jahrzehnts mit Erfolg bestehen kann.

Die Union erwartet von allen Koalitionsparteien, daß sie die Herausarbeitung ihres jeweiligen parteipolitischen Profils verbindet mit koalitionspolitischer Verlässlichkeit und mit konsequenter und disziplinierter Umsetzung der Koalitionsbeschlüsse. Die Union wird mit der von Graf Lambsdorff geführten FDP vernünftig, partnerschaftlich und sachgerecht zusammenarbeiten. Diese Koalition wird im Interesse unserer Bürger noch viele Jahre gebraucht.

(Fortsetzung von der vorherigen Seite)

● die Zahl der Beschäftigten seit 1983 um über 800.000 gestiegen ist.

Mit einem Wort: Unserem Volk geht es gut. Es spricht sich auch zunehmend herum, daß die Menschen in unserem Lande diese weltweiten Spitzenleistungen nicht der Opposition — der SPD und den Grünen — und nicht den lautstarken Interessenverbänden aller Art verdanken, sondern der soliden und richtigen Politik der Union und der Koalition unter Führung von Bundeskanzler Helmut Kohl.

Es gibt allerdings auch Kräfte in unserer Gesellschaft, die die rundum positiven Daten einfach nicht zur Kenntnis nehmen wollen und versuchen, die Wirklichkeit mit den Mitteln der Demagogie zu verzerren. In diese Richtung haben sich leider auch maßgebliche Kräfte des DGB bewegt, die den Gedanken der Einheits-

gewerkschaft aufgegeben haben und in blinde Polemik gegen die Bundesregierung und die von der Bundesregierung zugunsten der Arbeitnehmerschaft herbeigeführten, günstigen Wirtschaftsdaten anrennen. In diesem Monat sollen — wie schon in den vergangenen Jahren — sogenannte „Aktionstage“ stattfinden mit dem Ziel, unsere großen Reformvorhaben zu bekämpfen. Besonders verwerflich ist, daß der DGB seine Kampagne sogar bis in die Schulen hineinragen will.

Niemand hat etwas gegen sachliche Kritik — unsere Demokratie lebt vom Widerstreit der Meinungen. Niemand will dem DGB den Mund verbieten — die Arbeitnehmer brauchen starke Gewerkschaften, die ihre Interessen vertreten. Aber ihr Widerpart sind die Arbeitgeber, nicht der Staat und nicht die demokratisch gewählte Bundesregierung.

Bundeskanzler Helmut Kohl vor der IHK Dortmund:

Konjunktur hat deutlich an Schubkraft gewonnen

Anläßlich des 125jährigen Bestehens der Industrie- und Handelskammer Dortmund erklärte Bundeskanzler Helmut Kohl in seiner Festrede u. a.:

„Wir können feststellen, daß die Konjunktur in den letzten Monaten deutlich an Schubkraft gewonnen hat. So lag das Wirtschaftswachstum im 1. Halbjahr 1988 bei vier Prozent — das beste Ergebnis seit neun Jahren, und dies bei anhaltend hoher Preisstabilität. Ebenso wichtig wie diese Wachstumswachstumzahlen selbst erscheint mir die Feststellung der Deutschen Bundesbank, daß dieser Aufschwung nicht mehr nur vom privaten Verbrauch getragen wird. Auch und gerade von der Investitionstätigkeit der Unternehmen gehen jetzt wieder starke Impulse aus. Wer nicht nur das kurzfristige ‚Aufputzen‘ der Konjunktur im Auge hat, sondern eine dauerhafte Stärkung von Wachstum und Beschäftigung erreichen will, der weiß, daß dem Anspringen des ‚Investitionsmotors‘ größte Bedeutung zukommt. Wer im übrigen zurückblickt und sich Stimmungen und Prognosen von Ende 1987/Anfang 1988 in Erinnerung ruft, der wird mir zustimmen, daß diese ermutigende Konjunkturbilanz zur Jahresmitte alles andere als selbstverständlich ist. Hinzu kommt: Alle verfügbaren Konjunkturindikatoren — von den Aufträgen über die Industrieproduktion bis hin zum Einzelhandel — sprechen dafür, daß sich diese Aufwärtsentwicklung weiter fortsetzen wird. Dies wird nicht zuletzt auch dadurch bestätigt, daß die Unternehmensinsolvenzen inzwischen ihren niedrigsten Stand seit Anfang der 80er Jahre erreicht

haben. Gleichzeitig wird die Ertragslage in den Unternehmen von der Bundesbank als ungewöhnlich gut eingestuft.

Diese günstige Entwicklung wirkt sich — entgegen manchen Behauptungen — natürlich auch auf dem Arbeitsmarkt aus: Die Kurzarbeit z. B. ist beträchtlich zurückgegangen, und die gemeldete Zahl der offenen Stellen hat erstmals seit sieben Jahren wieder die 200.000-Marke überschritten. Bei 850.000 liegt inzwischen die Zahl der seit 1983 zusätzlich geschaffenen Arbeitsplätze.

Richtig ist auch, daß trotz dieser positiven Entwicklung bei Arbeitsplätzen und Beschäftigung und Arbeitslosigkeit nicht entsprechend zurückgeführt werden konnte. Die Gründe hierfür sind bekannt: Etwa in dem Umfang, wie neue Arbeitsplätze entstanden sind, ist auch die Zahl derer gewachsen, die sich als Arbeitssuchende melden. Vor allem junge Leute — das sind jetzt die letzten aus den geburtenstarken Jahrgängen — und Frauen sowie seit kurzem auch verstärkt Aussiedler drängen zusätzlich auf den Arbeitsmarkt. Für sie eine weiter wachsende Zahl von Arbeitsplätzen bereitzustellen — diese Aufgabe steht weiter ganz oben auf unserer gemeinsamen Tagesordnung.“

Steuereinnahmen sprudeln

Aufgrund der günstigen wirtschaftlichen Entwicklung rechnet das Bundesfinanzministerium mit erhöhten Steuereinnahmen für Bund, Länder und Gemeinden von insgesamt voraussichtlich 2,5 bis 4 Mrd. DM.

Ein Triumph der Menschenrechte

Das Ergebnis der Volksabstimmung in Chile ist ein Triumph der Menschenrechte, ein Sieg für Demokratie und Gerechtigkeit und das Ergebnis eines langen, großen und schweren Kampfes der Opposition unter Führung der Christlich Demokratischen Partei Chiles gegen die Diktatur, erklärt CDU-Generalsekretär Heiner Geißler in seiner Eigenschaft als Vizepräsident der Christlich Demokratischen Internationale.

Die Christlich Demokratische Union Deutschlands und die Christlich Demokratische Internationale gratulieren ihrer Schwesterpartei PDC und ihrem Vorsitzenden Patricio Aylwin herzlich und sagen ihr auch für die Zukunft die politische Solidarität zu. Die Christlich Demokratische Union und die Christlich Demokratische Internationale erwarten,

daß die Militärregierung nicht nur das Ergebnis der Volksabstimmung respektiert, sondern sofort die Schritte zur Wahl eines neuen Präsidenten und eines neuen Parlaments einleitet und die vollen demokratischen Rechte gewährleistet. Sie fordert außerdem die Freilassung aller politischen Gefangenen und Garantien für Presse- und Meinungsfreiheit.

Die PDC Chiles, die den Kampf gegen den Diktator angeführt hat, ist die stabile politische Kraft in Chile und verdient deshalb die Unterstützung aller demokratischen Kräfte. Mit dem Sieg über die Diktatur ist gleichzeitig ein weiterer wichtiger Schritt zur Demokratisierung ganz Lateinamerikas erfolgt. Das bestärkt uns in der Hoffnung, daß auch die letzten noch verbliebenen Diktaturen Nicaragua, Kuba und Panama bald beseitigt werden.

Heiner Geißler:

Kritik an der SED-Führung

Generalsekretär Heiner Geißler hat im Berliner Privatsender „Hundert,6“ das Vorgehen der SED gegen Kirchenzeitungen und die Behinderung westlicher Journalisten in der DDR als „klare Verletzung“ der Menschenrechte und der KSZE-Schlußakte bezeichnet: „Es ist reine Heuchelei, wenn sich die DDR-Führung über die Rassendiskriminierung in Südafrika aufregt. Es gibt nicht nur Rassenapartheid, es gibt auch Religions- und Gewissensapartheid.“ In der DDR und anderswo würden Menschen diskriminiert und in ihrer Arbeit und am beruflichen Fortkommen gehindert, weil sie einer bestimmten Konfession angehörten, kritisierte der CDU-Politiker. „Das ist in der Mitte von Europa nicht zu akzeptieren.“

Die Bundesregierung hat mit äußerster Betroffenheit die Berichte über das Vorgehen von Polizei und Sicherheitskräften der DDR gegen Demonstranten in Berlin (Ost) aufgenommen; die Demonstration richtete sich gegen die wiederholten Zensurereingriffe in die kirchliche Presse. Bei diesem massiven Einsatz der Sicherheitskräfte der DDR sind auch Korrespondenten der westlichen Fernseh- und Rundfunkanstalten nicht nur behindert, sondern auch tätlich angegriffen worden. Dieses Vorgehen steht in krassem Gegensatz zu den Bestimmungen der KSZE-Schlußakte und verstößt gegen die Vereinbarung von Arbeitsmöglichkeiten von Journalisten in der DDR. Ein solches Verhalten widerspricht auch den Äußerungen von SED-Generalsekretär Honecker, der noch in der vergangenen Woche in seinem Interview mit der spanischen Zeitung EL PAIS die Informationsfreiheit in der DDR besonders hervorgehoben hatte.

Rede von Alfred Dregger anlässlich der Trauerfeier für Franz Josef Strauß

Der Fraktionsvorsitzende Alfred Dregger hielt auf der Trauerkundgebung der CSU in München am 9. Oktober 1988 im Namen der CDU folgende Rede:

Herr stellvertretender Ministerpräsident, Herr Außenminister, liebe Freunde von Franz Josef Strauß!

Wir Christlichen Demokraten Deutschlands trauern mit Ihnen, meine Damen und Herren der CSU, um einen Mann, der bis zu seinem letzten Atemzug unserem Volk und unserem Land gedient hat.

Wir trauern mit Ihnen um einen der großen Baumeister der Bundesrepublik Deutschland.

Zusammen mit Konrad Adenauer und Ludwig Erhard hat Franz Josef Strauß die Fundamente gelegt, auf denen wir stehen.

Ich will nur drei der staatsmännischen Leistungen von Franz Josef Strauß hervorheben: die des Finanzpolitikers, die des Technologiepolitikers und die des Außen- und Sicherheitspolitikers.

— Solidarität und Stabilität waren die Markenzeichen des Finanzpolitikers Franz Josef Strauß: Der letzte Bundeshaushalt, den er als Finanzminister zu verantworten hatte — der Bundeshaushalt des Jahres 1969 —, war auch der letzte, der schuldenfrei finanziert war.

— Franz Josef Strauß hat zu jeder Zeit — auch dies gehört zu seinen bleibenden Verdiensten — die zukunftssträchtigen Spitzentechnologien gefördert. Vom Bundesminister für Atomfragen der Jahre 1955/1956 spannt sich der Bogen zum großen Förderer der deutschen Luft- und Raumfahrt. Was Franz Josef Strauß allein auf diesem Felde geleistet hat, hätte das Leben eines

Mannes ausfüllen können. Bei ihm war es Teilstück seiner Arbeit für Bayern und für Deutschland.

— Als Verteidigungsminister hat Franz Josef Strauß — an der Seite Konrad Adenauers — unser Land zu einem geachteten Bündnispartner der freien Welt gemacht. Vor allem Adenauer und Strauß haben die zweite deutsche Demokratie in der Europäischen Gemeinschaft und in der Atlantischen Allianz fest verankert.

Europäische Gemeinschaft und Atlantische Allianz, diese beiden Bündnisse, sind das Fundament, von dem aus wir offen sein können und sind für bessere Beziehungen zur Sowjetunion. Mit der Sowjetunion und dem russischen Reich verbinden uns schreckliche, auf beiden Seiten höchst verlustreiche Kriege. Aber wir erinnern uns im historischen Rückblick auch an lange Perioden einer fruchtbaren Zusammenarbeit mit Rußland und den Völkern der Sowjetunion.

An diese wollen wir jetzt anknüpfen in der Hoffnung und Erwartung, daß die Sowjetunion die legitimen Interessen des deutschen Volkes zunehmend zu beachten weiß. Daß Franz Josef Strauß in Abstimmung mit Helmut Kohl an der Einleitung einer neuen Phase der deutsch-sowjetischen Beziehungen mitwirken konnte, das war ihm — wie ich weiß — eine besondere Genugtuung.

Die Union trauert aber nicht nur um den großen bayerischen und deutschen Staatsmann, sie trauert vor allem um einen der ihren. Franz Josef Strauß war ein Wertkonservativer, ein Wirtschaftsliberaler, ein Christlich Sozialer — mit einem Wort ein Mann, der das Wesen der Union verkörperte.

Es sind drei große Ideen und Perspektiven, die die Union in die deutsche Politik eingebracht hat und die auch für die Zukunft unser geistiges Fundament bilden werden.

— Zunächst die Idee der großen christlich geprägten Volkspartei, die es verstanden hat und weiter verstehen muß, das soziale, das liberale und das konservativ nationale Element in gleicher Gewichtung — ich betone das letztere — miteinander zu verbinden.

Keines dieser Elemente, weder das soziale noch das liberale noch das nationale, ist entbehrlich. Aber jedes dieser Elemente wird zu einer Gefahr für das Ganze, wenn es aus dem Zusammenhang gelöst, wenn es übersteigert wird zu Sozialismus, Liberalismus oder Nationalismus, wenn es als verabsolutierte Teilwahrheit zur Unwahrheit wird.

Diese drei Elemente im Gleichgewicht zu halten, ist daher eine ständige Aufgabe konstruktiver Politik. Franz Josef Strauß hat darauf immer geachtet.

Er hat kräftig gegengehalten, wenn das liberale, das marktwirtschaftliche Element unter dem sozialen zu ersticken drohte.

Er hat aber auch gegengehalten, wenn die Förderung der menschlichen Existenz in der Familie nur nach marktrationalen Maßstäben bewertet werden sollte.

Er hat schließlich kräftig gegengehalten, wenn das bayerische und das deutsche Element, das heimatgebundene und das nationale also, unter einem grenzen- und konturenlosen Internationalismus zu verblassen drohte.

Keiner hat die Idee der sozialen, der liberalen und der konservativen Volkspartei auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes mehr und stärker verkörpert, keiner hat sie über Jahrzehnte hinweg zu größeren Wahlerfolgen geführt als Franz Josef Strauß. Die Union als Volkspartei zu erhalten und zu kräftigen, ist ein großes Vermächtnis.

— Der zweite große Gedanke, den die Unionsparteien in die deutsche Politik eingebracht haben, ist der der Sozialen Marktwirtschaft. Dieses Konzept motiviert den einzelnen zur Leistung und bietet zugleich die Möglichkeit, den sozialen Ausgleich herbeizuführen. Franz Josef Strauß hat dieses System der Sozialen Marktwirtschaft zusammen mit Ludwig Erhard politisch durchgesetzt.

— Das dritte Vermächtnis, das wir Konrad Adenauer verdanken, der in dieser Politik von niemandem wirksamer unterstützt wurde als von Franz Josef Strauß, ist die Verknüpfung der nationalen Idee mit der politischen Union Europas. Die ganze deutsche Nation im europäischen Verbund, das ist unsere große Zukunftsvision.

Franz Josef Strauß war bayerischer Föderalist, deutscher Patriot und überzeugter Europäer in einem; und das alles nach den Prinzipien der Subsidiarität, d. h. die jeweils größere Gemeinschaft darf nicht für sich beanspruchen, was die kleinere zu leisten vermag.

Ich bin mit Franz Josef Strauß und der CSU ganz entschieden der Meinung, daß wir dieses Prinzip der Subsidiarität in Europa bekannt machen und durchsetzen müssen, wenn eine tragfähige politische Union der freien Staaten Europas entstehen soll.

Franz Josef Strauß war immer ein Anwalt aller Deutschen — vor allem jener Deutschen, denen ein Leben in Freiheit verwehrt ist. Ihnen Rückhalt und Mut für eine Zukunft in Freiheit zu geben, betrachtete er als seine demokratische und patriotische Pflicht.

Er stand in Solidarität zu allen deutschen Heimatvertriebenen — vor allem zu den Ostpreußen und den Sudetendeutschen, denen er als Schirmherr besonders verbunden war.

Macht darf nicht vor Recht gehen — das war die Maxime, die Franz Josef Strauß

leitete. Es war Franz Josef Strauß, der nach dem Abschluß des Grundlagenvertrages darauf drängte, durch das höchste deutsche Gericht klären zu lassen, ob dieser Vertrag im Einklang mit unserer Verfassung stehe.

Welche Zukunftsperspektive — so möchte ich fragen — gäbe es für Deutschland, wenn das Land Bayern das Urteil von 1973 nicht bestritten hätte? Die deutsche Frage wäre nicht mehr offen; die anderen Teile unseres Vaterlandes — und mit ihnen Ost-Mittel-Europa — wären ohne Zukunftsperspektiven hinter dem eisernen Vorhang zurückgeblieben.

So aber hat das Bundesverfassungsgericht klargestellt, daß die eine deutsche Nation fortbesteht — und die Wiedervereinigung unseres geteilten Vaterlandes ein „verfassungsrechtliches Gebot“ ist.

Franz Josef Strauß war mit Recht stolz auf diesen Erfolg, der ein Erfolg für Deutschland, für das ganze Deutschland, für das Selbstbestimmungsrecht der einen deutschen Nation war.

Es ist vielleicht kein Zufall, daß die letzte Auszeichnung, die Franz Josef Strauß zuteil wurde, die „Plakette für Verdienste um den deutschen Osten und das Selbstbestimmungsrecht“ war. Sie wurde ihm vor wenigen Wochen, am 11. September, am „Tag der Heimat“, vom Bund der Vertriebenen in Berlin übergeben.

Franz Josef Strauß war ein gläubiger Christ. Er war mit ganzem Herzen Unionspolitiker: Politiker aus christlicher Verantwortung, der das christliche Menschenbild als verpflichtenden Auftrag und verpflichtendes Erbe für die Politik der Schwesterparteien CSU und CDU ansah.

Franz Josef Strauß hat letztlich immer gewußt, daß die Christlich Soziale Union nur im Verbund mit der Christlich Demokratischen Union entscheidenden Einfluß auf die deutsche und europäische Politik ausüben kann.

Als langjähriger Vorsitzender der Christlich Sozialen Union hat Franz Josef Strauß diesen Einfluß ausgeübt. Als Mensch und Politiker ist er genauso wenig zu ersetzen, wie das für Konrad Adenauer und für Ludwig Erhard galt.

Aber der Tod eines solchen Mannes darf nicht bedeuten, daß die Politik aufgegeben oder geschwächt wird, für die er eingetreten ist. Dann würde auch sein Wirken nur zu einer flüchtigen Episode unserer Geschichte werden. Das darf nicht sein.

Für die Ideen, die Franz Josef Strauß und die anderen Gründungsväter der Union vertreten haben, einzustehen, ist jetzt mehr noch als bisher unsere Aufgabe und die Aufgabe derer, die inzwischen an unsere Seite getreten sind und noch treten werden.

Für die Christlich Demokratische Union Deutschlands und gleichzeitig als Vorsitzender der gemeinsamen Bundestagsfraktion aus CSU und CDU sage ich:

Wir danken Franz Josef Strauß für alles, was er uns, der Union, was er unserem Volk, was er Deutschland gegeben hat.

Von der CSU, die er geformt hat, erhoffen und erwarten wir, daß sie auch in den kommenden Jahren — unverwechselbar, aber fest an unserer Seite — ihren Dienst für unser Volk und für unser Land leisten wird. Ihren künftigen Weg, meine Freunde von der CSU, werden wir Christlichen Demokraten mit Sympathie, in innerer Verbundenheit und in Solidarität begleiten.

29. EAK-Bundestagung

Die Schöpfung bewahren – das Leben schützen

Engagiert diskutierten die Teilnehmer der 29. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU am 7./8. Oktober 1988 in Bonn unter dem Motto „die Schöpfung bewahren – das Leben schützen“ sowohl grundsätzlich über die Verantwortung jedes einzelnen als auch über Ansätze einer Umsetzung in praktisches Tun. In drei Gesprächsforen wurden Fragen der Umweltpolitik, des Schutzes ungeborenen Lebens sowie der Gentechnologie erörtert.

Ein Höhepunkt am Samstag, den 8. Oktober 1988, war die Rede von CDU-Generalsekretär Heiner Geißler. Mit dem Tagungsmotto habe sich der EAK eines gesellschaftspolitischen Themas angenommen, das ebenso wie „Frieden und Abrüstung“ und „Friedliche Nutzung der Kernenergie“ die Diskussion evangelischer Christen bestimmt. Er stellte fest, daß die Union ihre Sensibilität und Handlungskompetenz besonders in diesen Fragen überzeugend unter Beweis zu stellen habe. Vorrangige Aufgaben des EAK sehe er darin, politische Impulse für die CDU zu geben und die Auseinandersetzung mit geistig-politischen Themen im kirchlichen Raum zu führen.

Zum Schutz des ungeborenen Lebens führte er aus, daß eine Verschärfung der geltenden Gesetze das ungeborene Kind nicht schütze: „Was wir brauchen ist vielmehr eine Änderung des Bewußtseins, daß menschliches Leben von der Befruchtung an vollwertig vorhanden ist und daß damit ein Schwangerschaftsabbruch Tötung menschlichen Lebens ist.“

Anschließend sprach sich Kanzleramtsminister Wolfgang Schäuble für einen schonenden Umgang mit der Natur aus. Er betonte aber auch: „Wir brauchen den technischen Fortschritt, und wir brauchen ökonomisches Wachstum, weil wir — vom eigenen Bedarf einmal ganz abgesehen — nur so in der Lage sind, den ärmeren Ländern jene Hilfe zu geben, die sie um einer lebenswerten Zukunft willen dringend benötigen.“

In seiner Eröffnungsansprache am Samstag, 8. Oktober 1988, hatte der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises, Staatsminister Albrecht Martin hervorgehoben, daß der EAK heute in viel stärkerem Maße als früher die Diskussion innerhalb der Kirche zu führen habe, „eine Diskussion, die deshalb so schwierig geworden ist, weil die Fähigkeit, sich gegenseitig zu verstehen, erheblich abgenommen hat“.

Beim „Theologischen Abendgespräch“ am Freitagabend führte Landesbischof i.R. Hans von Keler aus, daß der Auftrag: „Macht Euch die Erde untertan!“ nicht Unterdrückung und Ausbeutung, sondern vor allem Erhaltung und Gestaltung der Erde und dessen, was auf ihr lebt, bedeuten sollte.

Bundesumweltminister Klaus Töpfer warnte vor Verlagerung von Umwelthypotheken in andere Regionen oder auf kommende Generationen und forderte gleichzeitig einen haushälterischen Umgang mit dem Umweltkapital. Auf der abschließenden Delegiertenversammlung wurde Staatsminister Albrecht Martin in seinem Amt als EAK-Bundesvorsitzender bestätigt.

Gerhard Stoltenberg:

Kritik an der Finanzhilfe geht an der Sache vorbei

Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg hat die Kritik einzelner Bundesländer seinem Gesetzentwurf über die Finanzhilfen des Bundes in Höhe von je 2,45 Mrd. DM in den Jahren von 1989 bis 1998 „zum Ausgleich unterschiedlicher Wirtschaftskraft in den Ländern“ als „sehr einseitig und in der Sache nicht zutreffend“ zurückgewiesen. Vor Journalisten in Bonn erklärte er:

„Ich habe dem Bundeskabinett den Entwurf eines Gesetzes über Finanzhilfen des Bundes nach Art. 104 a Abs. 4 Grundgesetz zum Ausgleich unterschiedlicher Wirtschaftskraft zugeleitet.

Dieses Gesetz sieht jährliche Leistungen des Bundes an Länder von 2,45 Milliarden DM vor. Die Laufzeit beträgt 10 Jahre. Investitionen der Länder und Gemeinden sollen bis zu einer Grenze von 90 Prozent gefördert werden.

1992 und 1995 wird geprüft werden, ob die Verteilung der Mittel auf die genannten Länder der wirtschaftlichen Entwicklung der Regionen anzupassen ist.

Der gestützte Gesetzentwurf hat zum Ziel, einen Beitrag zum Ausgleich unterschiedlicher Wirtschaftskraft in den Bundesländern mit Strukturproblemen zu leisten. Dieser Zielsetzung entsprechen die im Gesetz vorgeschlagenen Maßnahmen, mit denen besonders wichtige Investitionen von Ländern und Gemeinden durch Finanzhilfen des Bundes gefördert werden sollen. Der Katalog der Maßnahmen ist sehr weit gefaßt, um möglichst viele Investitionen, die zur Stärkung der Wirtschaftskraft einzelner Regionen geeignet

sind, einzuschließen. Dabei sind jedoch die durch Art. 104 a Abs. 4 Grundgesetz vorgegebenen Grenzen zu beachten. Zu den mit Finanzhilfen des Bundes förderungsfähigen Investitionen gehören danach nur Sachinvestitionen, die ihrer Art nach geeignet sind, die Wirtschaftsstruktur zu verbessern. Sie sollen die Grundlage für eine günstigere Wirtschaftsentwicklung legen.

Entsprechend sieht § 3 des Gesetzentwurfes vor:

Durch die Finanzhilfen werden zum Ausgleich unterschiedlicher Wirtschaftskraft folgende Investitionen gefördert:

1. Maßnahmen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Infrastruktur, insbesondere in den folgenden Bereichen
 - a) Entsorgung und andere für die wirtschaftliche Entwicklung bedeutsame Umweltschutzmaßnahmen;
 - b) Verkehr;
 - c) Versorgung mit Energie und Wasser;
 - d) Erschließung von Industrie- und Gewerbeflächen, einschließlich der Wiedernutzbarmachung brachliegender Industrie- und Gewerbeflächen;
 - e) Fremdenverkehr;
2. Maßnahmen zur Förderung der Aus- und Weiterbildung im beruflichen Bereich unter Einschluß der Hochschulen;
3. Maßnahmen zur Förderung von Forschung und Technologie;
4. städtebauliche Maßnahmen:
 - a) städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen;

- b) Standortaufbereitung von Flächen zu Industrie- und Gewerbebezwecken;
 c) Maßnahmen, die wegen ihres Umfangs, ihres Modellcharakters oder wegen ihrer überregionalen Bedeutung eine besondere strukturverbessernde Wirkung haben.

Die Bundesregierung erwartet, daß die Flächenländer einen erheblichen Teil der Mittel den kommunalen Gebietskörperschaften für Investitionen nach § 3 zur Verfügung stellen. Sie hat bewußt die besondere Bedeutung von Investitionen für Umweltschutzmaßnahmen hervorgehoben, die der wirtschaftlichen Entwicklung dienen. Hierzu gehören für die Küstenländer insbesondere Vorhaben zur Verbesserung der Situation der Nord- und Ostsee.

Für die Bestimmung der Wirtschaftskraft der Länder werden Einkommens- und Arbeitsmarktindikatoren, nämlich das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner und die Arbeitslosenquote der zurückliegenden Jahre zugrundegelegt. Da die Länder Hessen und Baden-Württemberg bei beiden Indikatoren deutlich bessere Werte als der Bundesdurchschnitt aufweisen, kommen sie für Finanzhilfen nach dem Zweck des Strukturhilfeprogramms nicht in Betracht.

Die Aufschlüsselung der Finanzhilfen auf die übrigen Länder ergibt sich im wesentlichen aus einem Schlüssel, bestehend aus dem Bruttoinlandsprodukt je Einwohner, der Arbeitslosenquote und der Beschäftigungsentwicklung in einer Gewichtung von je einem Drittel. Vorweg werden 27 Millionen DM pro Land als Sockel angesetzt. Rheinland-Pfalz ist wegen seines überdurchschnittlichen Anteils an Stationierungstreitkräften und den daraus erwachsenen besonderen Beanspruchungen mit einem um 40 Millionen DM erhöhten Sockelbetrag bedacht. Nach

diesem Konzept entfallen auf die einzelnen Länder jährlich:

Bayern 158 Mio. DM, Berlin 72 Mio. DM, Bremen 63 Mio. DM, Hamburg 113 Mio. DM, Niedersachsen 652 Mio. DM, Nordrhein-Westfalen 756 Mio. DM, Rheinland-Pfalz 272 Mio. DM, Saarland 112 Mio. DM und Schleswig-Holstein 252 Mio. DM.

In dem Gesetzentwurf ist ferner vorgesehen, durch eine Änderung des Finanzausgleichsgesetzes Bremen für die Jahre 1989 bis 1991 je 50 Mio. DM zusätzlich an Bundesergänzungszuweisungen zuzuweisen. Damit entspricht die Bundesregierung einer Empfehlung des Finanzausschusses des Deutschen Bundestages.

Im Gegensatz zur öffentlich geäußerten Kritik einzelner Länder entspricht der vorliegende Gesetzentwurf nach Überzeugung der Bundesregierung den Maßstäben von Art. 104 a Grundgesetz. Er ist mit den Verfassungsressorts abgestimmt. Die Bundesregierung erwartet, daß er die Zustimmung von Bundestag und Bundesrat findet“.

Steigende Steuereinnahmen der Kommunen

Selbst unter Einrechnung der Steuerreform werden die Steuereinnahmen der Kommunen von 1987 bis 1992 jahresdurchschnittlich um 3,5 Prozent ansteigen.

Exportüberschuß auf Nachkriegsrekord

Im Juni ist der Exportüberschuß auf 14,2 Mrd. DM gestiegen. Das ist der höchste monatliche Aktivsaldo, der jemals in der Nachkriegszeit in der Bundesrepublik Deutschland ausgewiesen worden ist.

Günstige Konjunktur schlägt auf dem Arbeitsmarkt durch

Die Arbeitslosigkeit ist im September dieses Jahres deutlich zurückgegangen. Erstmals lag in diesem Jahr die Arbeitslosigkeit im September unter 2,1 Millionen. Im dritten Monat nacheinander lagen die Arbeitslosenquoten niedriger als ein Jahr zuvor.

Die Arbeitslosenquoten sowohl im September wie auch im Durchschnitt des dritten Quartals dieses Jahres lagen sogar niedriger als in den gleichen Zeiträumen des Jahres 1986, als es schon einmal die niedrigste Arbeitslosigkeit nach 1982 gab.

Der zwischenzeitliche Anstieg der Arbeitslosigkeit von Mitte 1987 bis Mitte 1988 setzt sich also erfreulicherweise seit Mitte 1988 nicht mehr fort. Dies ist dem ununterbrochenen kräftigen Anstieg der Erwerbstätigkeit seit Mitte 1984 um insgesamt mehr als 800 000 zu verdanken. Dieser hat immerhin ausgereicht, einen gleichhohen Zugang junger Menschen — auch aus der zweiten und dritten Ausländergeneration —, vieler Frauen und zugewanderter Deutschstämmiger aus dem Ausland in die Erwerbstätigkeit aufzufangen. Ohne dieses „Beschäftigungswunder“ vier Jahre hintereinander hätte es einen massenhaften Anstieg der Arbeitslosigkeit gegeben, stellt **MdB Horst Günther**, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, fest.

Die Arbeitslosigkeit von über zwei Millionen bleibt eine Herausforderung. Trotzdem ist aber Genugtuung darüber erlaubt, daß im dritten Quartal dieses Jahres der noch vor wenigen Monaten erwartete Anstieg der Arbeitslosigkeit nicht eingetreten ist, ja daß inzwischen

die niedrigste Arbeitslosenquote nach 1982 festzustellen ist.

Erstmals nach 1981 hat es im September dieses Jahres wieder mehr als 200 000 offene Stellen gegeben. Seit längerem steigen die Zahlen der Arbeitsvermittlungen an. Es gab von Januar bis September 1988 immerhin 1 591 778 Arbeitsvermittlungen, 5 Prozent mehr als im Vergleichszeitraum 1987.

Die Chancen Arbeitsloser auf Wiedereingliederung in das Berufs- und Erwerbsleben sind so gut wie nie nach 1981. Im September 1982 — unmittelbar vor der „politischen Wende“ — kamen auf eine offene Stelle 22,5 Arbeitslose, in September 1988 10,3.

Nach wie vor war die Zahl der Teilnehmer an beruflichen Fortbildungsmaßnahmen im September dieses Jahres höher als ein Jahr zuvor. Es fällt aber auf, daß die Zahl der vorher arbeitslos gewesenen Teilnehmer gesunken ist. Im Hinblick auf diese Entwicklung ist es richtig, daß im Rahmen des im Deutschen Bundestag zur Zeit zur Beratung anstehenden Neunten Änderungsgesetzes zum Arbeitsförderungsgesetz die begrenzten Mittel der Bundesanstalt für Arbeit für berufliche Förderungsmaßnahmen stärker auf Arbeitslose, von Arbeitslosigkeit Bedrohte und Ungelernte konzentriert und an dem künftigen Arbeitskräftebedarf orientiert werden sollen. Das erreichte hohe Niveau der beruflichen Qualifizierung darf dabei aber nicht gefährdet werden.

Unternehmen und Tarifpartner sind deshalb aufgerufen, die Weiterbildung Beschäftigter aus Eigenmitteln der Wirtschaft zu verstärken.

Die Arbeitslosigkeit junger Menschen nimmt bereits seit längerem ständig ab, nicht nur in den Altersstufen unter 20, sondern auch zwischen 20 und 25 Jahren.

Der Mangel an Lehrstellen für junge Menschen in zurückliegenden Jahren kehrt sich allmählich in einen Mangel an Auszubildenden in einer wachsenden Zahl von Berufen — auch solchen mit guten Fortkommenschancen — um. Entgegen manchen Befürchtungen werden außerdem die meisten Jugendlichen nach Abschluß der betrieblichen Ausbildung in Anschlußarbeitsverhältnisse übernommen oder finden anderweitig einen Arbeitsplatz.

Deutlich besser geworden ist auch die Beschäftigungs- und Arbeitsmarktsituation für die Frauen. Im September dieses Jahres lag bei ihnen die Arbeitslosenquote bei 9,9 Prozent und damit wesentlich niedriger als in den Vergleichsmonaten zwischen 1983 und 1987, in denen die Arbeitslosenquote zwischen 10,2 und 10,4 pendelte. Die weiteren Beschäftigungs- und Arbeitsmarktperspektiven für die Frauen sind günstig. Dazu werden auch die Verlängerung des Erziehungsurlaubs für ab 1988 geborene Kinder um zwei Monate und gestiegene Geburtenzahlen beitragen; mehr Erziehungsurlaubsfälle bewirken erhöhten Bedarf an Ersatzkräften.

Bedrückend bleibt aber die unvertretbar hohe Zahl schwerbehinderter Arbeitsloser. Private und insbesondere öffentliche Arbeitgeber und Betriebs- und Personalräte sollten bei der Besetzung freier Stellen stets prüfen, ob diese nicht für Behinderte geeignet sind. Manche der zahlenmäßig anwachsenden offenen Stellen könnten gut durch Behinderte besetzt werden, die sich häufig durch gute fachliche Qualifikation und überdurchschnittliche Arbeitsbereitschaft und Zuverlässigkeit auszeichnen.

Gegen die Errichtung von Spielhallen auf Bundesbahnhöfen

Auf Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion beschloß der Verkehrsausschuß des Deutschen Bundestages einmütig die nachstehende Aufforderung:

„Die Deutsche Bundesbahn sollte künftig auf die Einrichtung von Spielhallen auf Bundesbahngelände verzichten und bestehende zügig abbauen. Gemäß ihrem gemeinwirtschaftlichen Auftrag trägt sie in diesem Sinne auch eine umfassende Verantwortung gegenüber ihren Kunden. Sie sollte daher kein Freizeitverhalten fördern, das erwiesenermaßen als äußerst problematisch angesehen werden muß“.

Diese Haltung der Verkehrspolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion begründet sich auf das Ergebnis eines öffentlichen Anhörungsverfahrens. Hierbei zeigte sich, daß auch die Spielhallen in den Bundesbahnhöfen zu erheblicher Besorgnis Anlaß gäben. Insbesondere seien Jugendliche und Schüler, die auf Züge warten müßten, diesen Gefährdungen ausgesetzt. Die Sachverständigen bestätigten bei dem Hearing, daß gerade im Umfeld der Spielhallen die Kriminalität gedeihe. Deshalb seien nicht nur die Bundesbahn, sondern auch die übrigen Spielhallenbetreiber und Kommunalbehörden aufgefordert, im Rahmen der Selbstbeschränkung die Auswüchse zu begrenzen und aus Spielhallen nicht Spielhöllen werden zu lassen.

Zwischenhoch beim Stahl

Die Stahlproduktion ist im 1. Halbjahr fast 10 Prozent, die Lieferungen 12 Prozent höher gewesen als von Januar bis Juni 1987.

Junge Union legt zweiten Entwurf für neues Grundsatzprogramm vor

Die Junge Union Deutschlands (JU) hat in Bonn den zweiten Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm vorgestellt, das auf einem außerordentlichen Deutschlandtag vom 3. bis 5. März 1989 in Oldenburg beschlossen werden soll. Der Bundesvorsitzende der Jungen Union Deutschlands, Christoph Böhr, wies bei der Vorstellung darauf hin, daß der Entwurf Orientierung am christlichen Menschenbild deutlich herausstelle und die persönliche Verantwortung des Menschen bei der Lösung der Zukunft betone.

Das neue Programm soll jenes von 1973 ablösen, das unter dem Titel „Für eine humane Gesellschaft“ zu einer Zeit entstanden ist, als CDU und CSU in Bonn in der Opposition waren und die Junge Union programmatische Vorarbeit für die Mutterparteien leistete. Wenn die Junge Union Deutschlands sich nun ein neues Grundsatzprogramm gibt, obwohl die Mutterparteien an der Regierung sind, so möchte sie nach den Worten Böhrs damit bewußt ein Zeichen setzen, daß die Union jetzt die geistigen Grundlagen dafür legen müsse, Deutschland durch die 90er Jahre ins nächste Jahrtausend zu führen. Die JU wolle gerade kritischen jungen Leuten deutlich machen, daß man die Union zur programmatischen Erneuerung nicht in die Opposition schicken müsse, sondern daß die Programmdiskussion parallel zu tagespolitischen Erfolgswängen geführt werden könne.

Im August 1987 hatte die Grundsatzkommission der Jungen Union einen ersten Entwurf vorgelegt. Über ein Jahr lang ist der sogenannte „Bad Sodener Entwurf“ innerhalb und außerhalb der Jungen

Union intensiv diskutiert worden. Orts-, Gemeinde-, Stadt-, Kreis-, Bezirks- und Landesverbände der Jungen Union haben sich an der Programmdiskussion beteiligt. Gleichzeitig hat die Junge Union von vielen Interessengruppen, Verbänden und Fachleuten, unabhängig vom jeweiligen politischen Standort, eine Fülle von Anregungen und Hinweisen erhalten. Auch der Deutschlandtag im November 1987 in Dortmund hat zusätzliche Erkenntnisse gebracht.

Auf der Grundlage dieses Diskussionsstandes hat die Grundsatzkommission der Jungen Union Deutschlands unter Leitung des stellvertretenden Bundesvorsitzenden Joachim Herrmann zwischen Januar und August dieses Jahres einen zweiten Entwurf erarbeitet, den der JU-Bundesvorstand mit geringfügigen Korrekturen inzwischen gebilligt hat. Herrmann wies darauf hin, daß der vorliegende Entwurf keine völlige Abkehr vom bisherigen Grundsatzprogramm beinhalte, sondern sich als Fortschreibung der Programmatik der Jungen Union verstehe. Die Betonung des Subsidiaritätsprinzips und das Bemühen, den Menschen in allen Bereichen als Mittelpunkt der Politik zu sehen, bringe allerdings eine Reihe neuer Akzente. Dazu gehöre beispielsweise, daß die Menschenrechte an der Spitze der Politik für Frieden und Freiheit stünden. Die Junge Union wünsche eine Welt ohne Waffen und Gewalt, wisse aber auch, daß der Mensch eben unvollkommen ist, Fehler macht und auch gewalttätig sein könne. Entsprechend der innerstaatlichen Rechtsordnung mit Gewaltmonopol müsse auch eine demokratisch verfaßte internationale

Mitgliederwerbung

Trainingsseminar für Aktionsleiter am 21./22. November 1988 in Köln

Weit mehr als die reine Vermittlung von erfolgreichen Werbemethoden wird auf den Seminaren für Mitgliederwerbung angeboten.

Auf dem Programm stehen:

- Intensives Sprach- und Redetraining unter Einsatz moderner Videotechnik
- Aktive, öffentlichkeitswirksame Verbandsarbeit. Schwerpunkt: 40 Jahre Bundesrepublik Deutschland, Europawahlkampf 89

- Ausführlicher Erfahrungsaustausch
- Aktuelle politische Information
- Konkrete Werbeaktionen

Die Anmeldung erfolgt nach Absprache mit dem jeweiligen Kreisverband bei der

CDU-Bundesgeschäftsstelle

Ralf Firmenich

Konrad-Adenauer-Haus

5300 Bonn 1

Tel.: (02 28) 5 44-3 71 oder 5 44-2 54.

Kanzlerbesuch ein Meilenstein

Der für Ende Oktober geplante Besuch von Bundeskanzler Helmut Kohl in Moskau ist nach sowjetischer Ansicht „ein wichtiger Meilenstein“. Nach Worten eines Sprechers des sowjetischen Außenministeriums bereitet man sich in Moskau auf die Erörterung eines weiten Themenkreises vor. Dazu zählen Fragen der Abrüstung, der Entwicklung des gesamteuropäischen Prozesses, des Umweltschutzes und der bilateralen Beziehungen, vor allem im Bereich von Handel und Wirtschaft.

Zahl der Asylbewerber steigt weiter an

Die Zahl der Asylsuchenden ist im September drastisch gestiegen. Der Zuwachs von 8 102 Asylsuchenden im August auf 13 125 im September ist ein Rekordergebnis, erklärte Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann. Ungefähr jeder dritte Asylbewerber (39 Prozent) kam aus einem Ostblockstaat. Die zahlenmäßig größte Gruppe stellten die Polen mit 3 915 Bewerbern. Es folgten Jugoslawen, Türken und Asylbewerber aus dem Iran.

(Fortsetzung von der vorherigen Seite)

Rechtsordnung geschaffen werden. Auch im Hinblick auf die deutsche Frage stellt der JU-Programmentwurf die Menschenrechte in den Vordergrund. „Nicht Gebietsansprüche, sondern der Freiheitsanspruch der Menschen ist Kern unserer Politik“ heißt es wörtlich.

Ausführlich setzt sich nach Darstellung von Böhr und Herrmann der Programmentwurf mit der Willensbildung in der parlamentarischen Demokratie auseinander. Die Junge Union Deutschlands bekennt sich zum Mehrheitsprinzip und parlamentarischer Vertretung und lehnt

zivilen Ungehorsam oder gar Gewaltanwendung zur Durchsetzung politischer Ziele ab. Gleichzeitig fordert die Junge Union aber auch die verantwortlich Handelnden auf, durch Glaubwürdigkeit Vertrauen zu gewinnen und ständig zum offenen Gespräch mit allen Gruppen der Gesellschaft bereit zu sein, auch mit denen, die dem Rechtsstaat kritisch gegenüberstehen. Unabhängig davon sollen die Bürger aber auch auf allen Ebenen Möglichkeiten der unmittelbaren Mitwirkung an konkreten Sachentscheidungen haben. Hierzu können z.B. Volksbegehren und Volksentscheide dienen.

Presseecho:

Brücke nach Australien geschlagen

Freunde kann man nie genug haben. Dies ist in der Politik nicht anders als im privaten Leben. Daß sich Helmut Kohl bei seinem Besuch in Australien nach dieser Lebensregel richtete, mag in den Augen seiner Kritiker eine Bestätigung dafür sein, Sachverhalte zu simplifizieren. Aber gerade die Vereinfachung erweist sich in der Politik oft als wirksames Instrument, komplizierte Zusammenhänge auf den Punkt zu bringen und daraus Perspektiven zu entwickeln. Mit diesem Verfahren war Helmut Kohl auch in Indonesien und Australien erfolgreich. In seinen Gesprächen mit Präsident Suharto und Premierminister Hawke gelang es ihm, einen Ton zu finden, der dem Umgang miteinander besser dient als die Nachrechnung von Fehlern und Versäumnissen. Bezeichnend für diesen Stil, Vertrauen zu schaffen durch Offenheit, Freundlichkeit und auch Humor ist der Freundschaftsbund, den Helmut Kohl und der australische Premierminister Bob Hawke in Canberra eingegangen sind. Bei dem Ehrenessen im Parlamentspalast waren vor allem die australischen Gäste überrascht, daß sich der Kanzler und sein Gastgeber offiziell mit „lieber Bob“ und „lieber Helmut“ titulierte.

Ein persönliches Vertrauensverhältnis zwischen Politikern ist keine schlechte Basis für die Entwicklung guter Beziehungen. Für beide Teile entsteht so Kapital, mit dem sich wuchern läßt. Der Kanzler hatte sich auf seiner Südostasienreise die Aufgabe gestellt, Brücken zu schlagen. Dies scheint ihm, liest man auch zwischen den Zeilen der amtlichen Kommunikationen, geglückt zu sein. Mit dem „geostrategischen“ Ansatz einer neuen politischen

Funkstrecke verbindet sich nicht nur die Hoffnung auf bessere Kontakte mit dem fernen südostasiatisch-pazifischen Raum. Der erste Besuch eines deutschen Kanzlers in diese Region beseitigt auch ein außenpolitisches Vakuum.

Die Aufnahme eines gesicherten politischen Dialogs dient nicht nur der Abklärung wirtschaftlicher Interessen, sondern verbreitert auch die Skala, die politische Einflußnahme. Zum ersten Mal wurde in Canberra von der Wahrung der Sicherheit als einer gemeinsamen Aufgabe gesprochen. Diese Reaktion, die sich auf die Vorsicht der Bundesrepublik und Australiens gegenüber so schillernden Moskauer Begriffen wie denen vom „gemeinsamen europäischen“ und vom „gemeinsamen asiatischen“ Haus beruft, ist deshalb bemerkenswert, weil die Regierung Hawkes bisher keine Gelegenheit ausließ, Kritik an der Außenpolitik Washingtons wie auch Londons zu üben.

Helmut Kohls Visite in Südostasien konnte nur die politischen Bedingungen für eine Verbesserung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit präzisieren. Ein Kanzler ist kein Handlungsreisender. Es liegt an der deutschen Industrie, auch in diesem Teil des Weltmarktes ihre Qualität unter Beweis zu stellen. Als Helmut Kohl vor den Deutsch-Australiern in Adelaide ein Bekenntnis zum freien Wettbewerb ablegte, erntete er großen Beifall. Dieser war sicher auch zur Ermunterung der deutschen Verwandten in der fernen Bundesrepublik gedacht, die wirtschaftliche und technologische Herausforderung in dieser zu Europa antipodischen Zone anzunehmen.

(„Die Rheinpfalz“ vom 8. Oktober 1988)

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

Termine

17. 10. **CDU-Präsidium**
Sitzung, Bonn
18. 10. **Europ. Mittelstands Union**
Sitzung des Executiv-Büros und
Pol. Ausschuß EMSU, Weil/Rhein
19. 10. **CDU Bund**
Landesgeschäftsführerkonferenz, Bonn,
11.00 Uhr
20. 10. **KPV Baden-Württemberg**
Kongreß, Kornwestheim
20. 10. **LV Bremen**
Vorstand, Bremen
21. 10. **Junge Union Niedersachsen**
Vorstand, Hannover
21. 10. **CDA Hessen**
Vorstände-Konferenz der christlich-
sozialen Betriebsgruppen, Frankfurt
21. 10. **KPV Bund**
Arbeitskreis „Große Städte“,
Saarbrücken
22. 10. **Frauen-Union Hessen**
Landesdelegiertentagung,
Bad Nauheim
22. 10. **Exil-CDU**
Berlin-Seminar, Berlin
28. 10. **CDA Berlin**
Landesausschuß, Berlin
28. 10. **KPV Bund**
Fachausschuß „Kultur“, Trier
28. 10. **Frauen-Union Bund**
Vorstand, Bonn
28. 10. **LV Schleswig-Holstein**
41. Landesparteitag,
Lübeck-Travemünde
29. 10. **LV Schleswig-Holstein**
Aufstellung Landesliste zur Europawahl,
Lübeck-Travemünde
29. 10. **Frauen-Union Bund**
Hauptausschuß, Bonn
29. 10. **MIT Rheinland-Pfalz**
Landestag, Bad Kreuznach
29. 10. **CDA Bund**
Vorstand und Bundesausschuß,
Königswinter
31. 10. **CDU-Bundesvorstand**
Sitzung, Bonn
5. 11. **LV Baden-Württemberg**
LFA „Verteidigungspolitik“/
Sicherheitspolitische Fachtagung,
Fellbach
7. 11. **MIT Bund**
4. Fachkongreß: „Frau im Mittelstand“,
Berlin
7. 11. **CDA Hamburg**
Vorstand, Hamburg
9. 11. **KPV Bund**
Fachausschuß: „Raumordnung, Städte-
bau und Strukturpolitik“, Bonn
11. 11. **LV Hessen**
Kulturpolitischer Ausschuß,
Burg Gleiberg/Krofdorf

UID

32/88

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:**
Rolf Streubel, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn,
Telefon (02 28) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs GmbH,
Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon
(02 28) 23 40 91, **Vertrieb:** Telefon (02 28) 544-421.
Verlagsleitung: Dr. Uwe Lühje. **Bankverbindung:**
Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ
380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502
(BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 48,-
DM. Einzelpreis 1,20 DM. **Herstellung:** VVA, Vereinigte
Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.